

# Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:  
Dr. A. Auer, Auerbach  
u. Postfach 100  
Anzeigerpreis: Die Abgabepolizei beträgt über deren Raum für Anzeigen aus Auerbach und dem Gebiet des Erzgebirges 20 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf., Kabinettspolizei 2.— Mark. Bei größeren Abzählungen entsprechende Ermäßigung. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. Für Zahlen im Gas kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Abgabepreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 2.00 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 1.50 Mark. Bei der Post bestellt vierteljährlich 5.00 Mark, monatlich 1.50 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Ausgabehelfer, sowie alle Postenhalter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Abgabepreis: Die Abgabepolizei beträgt über deren Raum für Anzeigen aus Auerbach und dem Gebiet des Erzgebirges 20 Pf., auswärtige Anzeigen 30 Pf., Kabinettspolizei 2.— Mark. Bei größeren Abzählungen entsprechende Ermäßigung. Anzeigenannahme bis 10 Uhr vorm. Für Zahlen im Gas kann Gewähr nicht geleistet werden, wenn die Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 212.

Sonnabend, den 10. September 1921.

16. Jahrgang.

## Das Wichtigste vom Tage.

Im gestrigen bayerischen Ministerrat hat ein Mitglied der nach Berlin entsandten Kommission über die dortigen Verhandlungen Bericht erstattet, worauf der Ministerpräsident selbst das Wort ergriff, um seinen Standpunkt darzulegen.

In Paris ist man sehr beunruhigt über das weitere Gelingen des Marckkurses. Sofort taucht wieder der Plan einer Besetzung des Ruhrgebietes auf.

Der Sonderausflug des Völkerbundes zur Behandlung der oberschlesischen Frage ist täglich an der Arbeit. Der Ausschuss wird seinen Bericht nicht einen Augenblick länger versögern, als für eine angemessene Erledigung der Frage notwendig ist.

Vom 1. Januar 1920 bis 1. Juni 1921 sind aus Bromberg 20 460 Deutsche abgewandert und 24 856 Polen zugezogen, sodas heute 58 500 Polen 31 381 Deutsche gegenüberstehen.

## Das Reich und Bayern.

Von H. Grefenz, W. d. R.

Der immer wieder aufflackernde Streit zwischen dem Reich und Bayern hat zwei Ursachen. Die erste ist partikularistischer, wenn man will, föderativer Natur. Wir leben in einem Zeitalter, das mit eherner Gewalt Volk und Volkstämme zusammenzwingt, auch gegen ihren Willen. Und zwar drängt die Gewalt der Tatsachen die Stämme in den größtmöglichen Staatenverband. Das ist die Entwicklung vom Bundesstaat zum Reich, von der Stammesgewalt zur Reichsgewalt. Unter dem Druck dieser geschichtlichen Strömung sind die deutschen Staaten zum Reich zusammengewachsen. Durch diesen Druck ist es gekommen, das das Reich nach dem Fortfall der einzelstaatlichen Monarchien noch fester steht als vorher, und das es nicht zerfallen kann, wenn wir es nicht etwa in blinder Wut selbst zerschlagen. Das Reich wächst auch immer fester zusammen. Es hat in Österreich, in Oberschlesien, in Ostpreußen moralische Eroberungen gemacht trotz oder wegen des ungeheuren Kampfes ums Dasein, den es zu führen hat. Redet nicht vom Zerfall des Reiches! In einer Zeit, wo in ganz Österreich unter dem schwarz-rot-goldenen Banner die gewaltige Volksbewegung zum Reich strebt, kann eine schwarz-weiße, rote Republik oder Monarchie nicht bestehen. Redet nicht von der Trennung Frankreichs von Bayern! Wir bleiben alle zusammen.

Der bayerische Volkstamm neigt stärker als andere zu einer konservativen Beharrlichkeit. Das bringt die Landwirtschaft mit sich und die Berge, die in ihrer ewigen Unveränderlichkeit auf das bayerische Volk herabsehen. Die geschichtliche Entwicklung schreitet aber unaufhaltsam vorwärts und kann, wie Raumann einmal gesagt hat, nicht warten, bis der letzte Bauer im bayerischen Wald sich mit ihr ausgesöhnt hat. Er folgt dem schicksalhaften Rade der Zeit etwas widerwillig. Daran sollte man ihm keinen Vorwurf machen. Diese Eigenart mag uns gelegentlich un bequem sein, wird aber dem gesunden Reichsgedanken nicht schaden. Sie kann ihm nicht schaden, wenn der Reichsgedanke nicht künstlich und künstlich in einen schematisierenden bayerischen Zentralismus umgebogen wird. Der bayerische Konservatismus macht aber auch nicht selten den Eindruck, als wolle er etwas Neues bloß darum nicht, weil es neu ist. Wir war es immer ein eigenartiges Gefühl, wenn ich in München saß, das die Schulleute mit der preussischen Bidelhaube bestanden. Die preussische Bidelhaube galt in Bayern nach 1870 als das Symbol preussischer Herrschaft. Heute, nach fünfzig Jahren ist die Bidelhaube in Preußen verschwunden und feiert ihre Wiederauferstehung in Bayern! Solcher Beispiele gibt es mehr in der bayerischen Geschichte. Nirgendwo war ursprünglicher die Gegnerschaft gegen die deutsche Flotte so groß als in Bayern; aber zwanzig Jahre später sahen nirgendwo so viele Flottenschwärmer als um den Starnberger See herum. Und als die U-Bootphantasten 1918 im Norden wenig Anklang fanden, gingen sie nach Süden und rebellierten in München. Wenn Bayern sich mal eine Reihe von Jahren an Republik und Demokratie gewöhnt hat, werden sie dort ihre wärmsten Beförderer finden.

Man sollte in diesen Tagen laut ausprechen, das das bayerische Volk ganz überwiegend reichs-treu ist. Die Drohsche voll Worthelden, die mit dem Abfall Bayerns vom Reich spielen, soll man nicht ernst nehmen. Etwas anderes ist allerdings ernster. Es hat in Bayern seit jeher eine Reihe von Meinungs-machern gegeben, die die im Volke liefe zitternden Stimmungen und Bestimmungen zu atter Blut gegen das Reich entfacht haben. Früher wurden der preussische Junker, der preussische Militarismus u. a. als Schreck-gepenst an die Wand gemalt, heute der Bolschewismus, die Kriegsgewaltigkeiten, Berlin! Aber die politische Verantwortungslosigkeit dieser Leute war früher und heute die gleiche. Wenn freilich jedes Volk die Presse hat, die es verdient, dann sind auch die ehelich reli-giösen Bayern nicht ganz schuldlos an dieser Sache.

Wir können und wollen gegen sie vom Norden aus nichts tun. Wir würden nur oft lächerlicher handeln, wenn wir von dem Geschrei des Wiesbadener Anzeigers weniger Notiz nähmen. Alles dies könnte aber nicht immer wieder zu Krisen zwischen Bayern und dem Reich führen, wenn nicht die politische Reaktion in Bayern es verstanden hätte, sich in den und um die Regierung festzusetzen. Sie nutzt dabei alle föderalistisch-partikularistischen Stimmungen im bayerischen Volk für ihre Zwecke aus. Es ist eine der größten Fronten der Weltgeschichte, das in dem Bande, das bereits so heftig gegen den deutschen Junker gewettert hat, und das nicht zum Reich wollte, weil es ein Junkerreich sei, heute der preussische Junker seine letzte Rettung unter schlauser Benutzung des bayerischen Partikularismus sucht. Der bayerische Ministerpräsident von Kahr, gestützt von bayerischem Nationalismus, steht ganz pfiffründig auf deren Seite. Die Bayerische Volkspartei mag es nicht, sich von ihm zu trennen, aus Furcht, der Berliner Presse oder auch der Sozialdemokratie damit eine Freude zu bereiten. So wird von Kahr wohl weiter regieren, und die kleinen Meternische in seiner Umnebung werden sich weiterhin unbeliebt machen, ohne zu ahnen, wie viel ihr großer Vorgänger vor hundert Jahren der Wiederer-stehung deutscher Kraft geschuldet hat. Das einzig Erfreuliche in den Auseinandersetzungen dieser Tage war die rückhaltlose Einsetzung der bayerischen Demokra-tie für den Reichsgedanken. Die bayerische Demokra-tie hat das Kreuz auf sich genommen, in der letzten bayerischen Regierungskoalition durch ihre Mitarbeit die allergrößten Fehler zu verhindern. Eine undankbare Aufgabe! Reichsregierung und Regierungsbarellen helfen ihr, indem sie keine Demütigung oder Rechtsminderung, sondern ehrliche Verständigung mit einem freien Bayern suchen.

## Deutschlands Außenhandel.

W. W. Unsere amtliche Statistik arbeitet noch immer mit einer unbegreiflichen Schwerfälligkeit. So werden jetzt erst die Zahlen für den Außenhandel im Monat Mai 1921 bekannt. Für die Monate Januar bis April liegen überhaupt noch keine fertigen Ergebnisse vor. Die Ausweise für den Monat Mai zeigen eine stark rückläufige Bewegung der Einfuhr und Ausfuhr. Diese Bewegung hat offenbar schon im Januar eingesezt. Die Ergebnisse des Monats Dezember, die zum Vergleich mit angeführt werden, halten sich auf der Durchschnittshöhe des Jahres 1920. Insgesamt betrug die Einfuhr 1920 rund 188 Millionen, die Ausfuhr 198 Millionen Doppelzentner. Im Dezember 1920 erreichte die Einfuhr 20 Millionen und die Ausfuhr 17,5 Millionen Doppelzentner, sodas der Durchschnitt überholt war. Dagegen zeigt die Einfuhr im Monat Mai nur 15,3 und die Ausfuhr sogar nur 11,3 Millionen Doppelzentner. Dementsprechend sind auch die Ausfuhrwerte gesunken. Während im Dezember 1920 der Wert der Ausfuhr fast 8 Milliarden Papiermark betrug, sank er im Mai auf 4,5 Milliarden Papiermark. Für die Einfuhr werden noch immer keine Werte angegeben. Es ist aber nicht einzusehen, warum die Schwierigkeiten hierbei so groß sein sollen. Eine Umrechnung über den Dollar in Papiermark läßt sich wohl durchführen. Wir müssen doch einmal die Tatsachen und Ziffern unseres Außenhandels vollständig kennen lernen. Angenommen, das die Ziffern für den Monat Mai einen Durchschnitt nicht bedeuten, so würde die Gesamtausfuhr für 1921 den Wert von 55 Milliarden nicht übersteigen. Wahrscheinlich wird sie geringer sein, da die Unruhen in Oberschlesien und die Gewaltmaßnahmen den Außenhandel stark beeinträchtigt haben. Der Verband hat zwar Deutschland die Verpflichtung auferlegt, 26 vom Hundert des Ausfuhrwertes für die Wiederherstellung abzuführen. Allein der Verband hat durch die Gewaltmaßnahmen zunächst nur die Senkung der deutschen Ausfuhr erreicht. Das geht deutlich aus den Ergebnissen des Spezialhandels hervor. Farben und Farbstoffe, die hauptsächlich im besetzten Gebiet hergestellt werden, gingen in der Ausfuhrmenge von 50 000 Doppelzentnern im Dezember auf 38 000 Doppelzentner im Mai zurück. Wenn nun die Gesamtausfuhr Deutschlands 1921 nicht viel mehr als den Wert von etwa 50 Milliarden Papiermark erreicht, so wird der Anteil des Verbandes nur 13 Milliarden Papiermark ausmachen, was unter Zugrundelegung des Dollarkurses aber nicht viel mehr als achthundert Millionen Goldmark ausmacht: wahr-scheinlich noch weniger, denn der Rückgang der deutschen Wechselkurse wird unter dem Anhang der Wiederherstel-lungsmaßnahmen andauern. Die Tatsachen und Ziffern des deutschen Außenhandels sollten den Franzosen und Engländern zu denken geben. Schon die Ausfuhrabgabe und die Gewaltmaßnahmen haben an sich zu der rück-läufigen Bewegung geführt. In England ist bereits eine gewisse Ernüchterung über die Zweckmäßigkeit des Londoner Abkommens eingetreten. Hier überwiegt die Furcht, das Deutschland mörderische Energien entwickeln und Englands Wirtschaft an die Wand drücken werde. Aber auch in Frankreich beginnt die Erkenntnis zu däm-ern, das die Forderungen des Londoner Ultimatus die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigen. Das ist auch der Fall, und keine noch so groß-zügige Steuererhebung unter Einschluß der Erfassung der Goldwerte kann daran etwas ändern.

## Wachsende Beruhigung in Oberschlesien.

Unser oberschlesischer Mitarbeiter schreibt uns: Dieser Tage hatte ich Gelegenheit, mich bei dem Führer der oberschlesischen Bevölkerung, dem Vorsitzenden des deutschen Ausschusses für Oberschlesien, Landrat Dr. G. U. Kasper, eingehend über die Stimmung in Oberschlesien und über die Lage im Lande zu erkundigen. Die Äußerungen dieses oberschlesischen Führers haben auch die eigenen Wahrnehmungen bestätigt, die dahin gehen, das jetzt endlich nach drei Monaten der dritte polnische Aufstand in Oberschlesien der endgültigen Liquidation entgegengeht. Zwar harzt noch eine wichtige Aufgabe der Lösung, an der sich beide Parteien gleichmäßig beteiligen: es handelt sich um die Rückführung der vertriebenen Personen, die infolge des Aufstandes im Mai und Juni des Land verlassen mußten. 30 000 deutsche und 2000 polnische Flüchtlinge werden jetzt zurückgeführt. Hier und da haben sich allerdings Schwierigkeiten ergeben, jedoch macht das Rückführungswerk im allgemeinen gute Fortschritte. So das eine wachsende Beruhigung in Oberschlesien zu verzeichnen ist. Die deutschen Parteien sind ehrlich bemüht, strengste Selbst-zucht zu üben, damit jegliche Ausschreitungen von deutscher Seite unterbleiben. Und auch die besonnenen pol-nischen Führer haben eingesehen, das die bisherige Gewaltpolitik ihnen keine Erfolge bringen kann, sondern das sie nur die Gesamtheit in nicht wiederanzumachen-der Weise schädigt. Die Tatsache, das Korfanty außerhalb des Landes weilt, trägt viel zur Beruhigung bei, denn auf das Konto dieses Hauptheeres sind, das kann ohne Uebertreibung gesagt werden, eine ganze Reihe von Mordtaten zu setzen. Die polnische arbeitende Bevölkerung hat es nun endlich satt, sich von einem Aufstand in den anderen hegen zu lassen. Natürlich heißt es für die Deutschen, noch wie vor auf der Hut zu sein, denn unverantwortliche Dummköpfe auf polni-scher Seite können nach wie vor neue Schwierigkeiten er-reiten. Dazu kommt, das die Gefahr von außen ja auch noch nicht beseitigt ist. Noch immer stehen die polnischen Truppen an der oberschlesischen Grenze, und wenn die Gefahr einer Invasion auch im Augenblick wohl nicht akut ist, so muß doch mit dieser Gefahr gerechnet werden. Ein weiteres Gefahrenmoment liegt in den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die durch den dritten Aufstand entstanden sind und die noch immer nicht behoben werden konnten. Die polnischen Arbeiter sind durch den Aufstand vielfach in eine größere Notlage gekommen und versuchen, diese jetzt durch exorbitante Lohnforderungen auszugleichen. Die Industrie ist ihrer-seits nicht in der Lage, diese Forderungen zu bewilligen, da sie selbst mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu kämpfen hat. Doch ist zu hoffen, das letzten Endes ein Aus-gleich gefunden wird, ein Ausgleich, der zur Beruhigung beiträgt, die das Land am allerndigsten braucht.

## Die fruchtlose Arbeit in Genf.

W. Auch in den Kreisen der Entente verstärkt sich der Eindruck, das der Völkerbund in keiner Weise seine Aufgaben erfüllt. Das liegt natürlich in erster Linie an seiner rein willkürlichen Konstruktion und seiner ungeheuerlichen Satzung. Es ist eben ein reines Instrument der Siegerstaaten, dem sich nur unter dem übermächtigen Druck der stärksten Weltkoalition die Neutralen angeschlossen haben. Solange Amerika, Deutschland und Rußland in diesem Völk-erbund nicht vertreten sind und solange er so fernab von allen wahrhaft friedensfreundlichen Grundrissen ist, wird er zu keiner Lebenskraft gelangen. Seine erfolg-lose Arbeit wird jetzt auch in der Entente-Prese rück-schlagig zugegeben. Auch in seiner letzten Tagung hat er nur neue Kommissionen, Delegierte und Berichterstat-ter ernannt, aber irgend eine positive Leistung vermag er nicht aufzuweisen. Er könnte gewiß seine Stellung außerordentlich heben, wenn er in der oberschlesischen Frage eine gerechte und schnelle Entscheidung trafe. Aber von der Schnelligkeit hat man bisher nichts ge-merkt, und man kann nur wünschen, das es dafür um die Gerechtigkeit etwas besser bestellt sein möchte. Inzwischen hat die Budgetkommission des Völkerbundes vorgeschlagen, den Sitz des Völkerbundes aus Genf zu verlegen, weil die Schwere infolge der valutaren Verhältnisse zu teuer sei. Sie schlägt als Sitz des Völk-erbundes Brüssel vor. Die Verlegung des Völkerbun-des in das Land eines Entente-Staates mühte vor aller Welt den Charakter des Bundes noch stärker ausprägen. Das man hier nicht wenigstens einen anderen neutralen Staat vorschlägt, ist schon charakteristisch. Freilich haben alle neutralen Staaten einen Hochstand ihrer Ba-luta, und jede Stadt würde gleich Genf von der Kon-junktur profitieren wollen. Es menschlich überall.

## Der Krieg im Burgenlande.

W. Das Treiben der rechtsbolschewistischen Elemente in Ungarn hat nunmehr tatsächlich dahin geführt, das in Westungarn der Krieg in aller Form entbrannt ist. Der Friedensvertrag von Trianon hat das soge-nannte Burgenland Österreich zugesprochen. Die Regierung Norbys hat die Uebergabe des Gebietes bis jetzt hinausgeschleppt, und nun, wo sie erfolgen soll, greifen die ungarischen Militärs zur offenen Ge-walt. Die Landesverwaltung des Gebietes hat sich be-